

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 50

Köln, den 9. Dezember 1932

33. Jahrg.

Politik auf Arbeitgebertagungen.

Das letzte Novemberdrittel war überaus reich an politischen Vorgängen. Der Kampf um die Regierungsbildung beanspruchte das allgemeine Interesse so stark, daß andere wichtige wirtschaftliche Ereignisse weniger die allgemeine Aufmerksamkeit erregten. Es kommt jedoch wohl kaum von ungefähr, wenn in den Tagen höchster politischer Spannung die Unternehmer gleich bei drei Gelegenheiten Stellung zu den aktuellsten Fragen der Politik und Wirtschaft nehmen. Schon aus diesem Grunde kann die Arbeiterschaft nicht achtlos an Veranstaltungen der Arbeitnehmer vorbeigehen, die ganz sicher bestimmt waren, Einfluß auf den Gang der Entwicklung auszuüben.

Der Langnamverein, dessen richtige Firmierung „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ lautet, hatte seine 60. Mitgliederversammlung auf den 23. November nach Düsseldorf berufen. „Gesunde Wirtschaft im starken Staat“ war der Leitgedanke dieser Tagung, die von Generaldirektor Dr. Springorum geleitet wurde und u. a. Referate von Professor Schmitt, Geheimrat Bürgers und Reichsbankpräsident Dr. Luther entgegennahm.

Die Eröffnungsrede Dr. Springorums muß wohl als das politische Glaubensbekenntnis des rheinisch-westfälischen Unternehmertums gewertet werden: „Die enge Schicksalsverbundenheit zwischen Staat und Wirtschaft mache eine klare Abgrenzung der staatlichen und wirtschaftlichen Aufgaben notwendig. Einfachheit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit der öffentlichen Verwaltung sei eine stets wiederkehrende Forderung der Wirtschaft. Weitgehende Einigkeit herrsche über einem Umbau des Verfassungswerkes, dessen kränklichste Stellen das Wahlrecht und eine fehlende zweite Kammer seien. Ziel einer Verwaltungsreform sei ein dezentralisierter Einheitsstaat unter Schonung historisch bedingter und noch als berechtigt anzusehender staatspolitischer und kultureller Eigenheiten und eine Neuregelung des Gemeindeverfassungsrechtes im Sinne möglicher Vereinheitlichung. Gemeinden sollen als Selbstverwaltungskörper erhalten bleiben, aber eine Änderung des Kommunalwahlrechtes, das nicht mit demjenigen zu den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches übereinstimmen müsse, als Weg und Mittel zu der geforderten Entwicklung wurde verlangt.“

Die Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge sowie auch anderer Gebiete der Sozialversicherung seien Probleme, die auf den Nägeln brennen. Weitgehende Übereinstimmung mit dem von dem Präsidenten des deutschen Städte-tages ausgearbeiteten finanzpolitischen Gegenwartsprogramm der deutschen Gemeinden wurde festgestellt, aber als nicht angängig der darin enthaltene Plan bezeichnet, die in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge erzielten Überschüsse ohne weiteres dem Wohlfahrtsrat der Gemeinden zu überweisen. Die Grundforderung der westdeutschen Wirtschaft sei der starke Staat, der allein Bürge dafür sei, daß die großen wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Formen gelöst werden, die den Lebensbedingungen der Wirtschaft anzupassen sind.

Im Schlußwort, wir nehmen das hier vorweg, weil dadurch die Bedeutung dieser Ausführungen sehr stark unterstrichen wird, forderte Dr. Springorum von der Regierung, daß sie „die heute ungelösten Aufgaben mit größter Beschleunigung durchführe. Die Regierung müsse den größeren Mut haben, dem ersten auch die weiteren entscheidenden Schritte folgen zu lassen.“

Bemerkenswert ist die Meinung, die Professor Schmitt bei dem

Thema „Gesunde Wirtschaft im starken Staat“ entwickelte: „ob die heutige Zeit den Beruf zur Verfassungsgesetzgebung habe“. „Die einfache Rückkehr zu dem alten Grundsatz: Staat und privates Individuum“ erscheint ihm unmöglich. Daß „das kommunale Wahlrecht nicht mit demjenigen zu den großen gesetzgebenden Körperschaften übereinzustimmen brauche“, hielt der Düsseldorfer Oberbürgermeister für durchaus richtig. Auch hielt er eine Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherung, Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge in der Hand der Gemeinden für dringend erforderlich. Man sieht, daß auch die Oberbürgermeister ihre Reformpläne haben.

Als einzigen Diskussionsredner auf der Tagung des Langnamvereins bezeichnete sich der Reichsbankpräsident Dr. Luther. Er vertrat eine etwas andere Theorie vom starken Staat und wandte sich zum Teil gegen die von Professor Schmitt vertretenen staatspolitischen Definitionen. Dr. Luther, der mit zu den Taufpaten des Bundes zur Erneuerung des Reiches gehört, ist gewiß kein Demokrat und steht der in unseren Kreisen vertretenen Forderung nach einem wahren Volksstaate mindestens sehr kühl gegenüber. Es genügt, wenn wir hier berichten, daß auch er den starken Staat forderte, der aber erst nach einer Umformung des Reiches sich bilden könne.

Die wirtschaftspolitischen Wendungen in den Darlegungen Luthers interessieren uns jedoch mehr. „Nur ein im Sinne seiner Ausführungen umgestaltetes Reich sei imstande, die Wirtschaft dagegen zu schützen, daß der Segen einer kommenden Konjunktur nicht zum Unsegen ausschlage. Die wirtschaftsfeindlichen Vorgänge der Vergangenheit dürften sich nicht wiederholen. Es müsse ein geistiger Umschwung kommen. Man stehe am Anfang dieses Umschwungs. Daher konnte die Regierung das große Programm der Steuergutscheine aufstellen. Leider bestehe aber auch hier eine geistige Negativität, die nur in der Hinsicht positiv wirke, als sie immer neue Projekte aushecke. Neue Programme, die eine Kreditausweitung bis zu drei Milliarden vorsehen, seien aufgetaucht. . . „Aus der jetzigen Lage müsse man auch im Wirtschaftsleben den Mut zur Tat zeigen. Was nütze aber alle Bereitwilligkeit der Reichsbank, wenn die Wirtschaft die Kredite, die ihr von der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden, nicht in Anspruch nimmt, wenn — mit anderen Worten — die Wirtschaft nicht wirtschaften will.“ „Wir“ (das heißt die Wirtschaft) „müssen den Mut haben zur Überwindung der Krise, wir müssen den Mut haben zum eigenen Mut.“ Das war doch deutlich und gewiß als unmißverständliche Korrektur der mit viel Temperament vorgetragenen Forderungen politischer und wirtschaftlicher Natur gedacht. So man im Unternehmerlager noch Sinn für Fraktur hat, wird man's verstanden haben.

Zu den auf der Langnamvertagung wieder so sehr betonten Forderungen nach Sparsamkeit und Sozialversicherungsreform bemerkte der „Bergknappe“, das Organ unseres Bergarbeiterverbandes, sehr richtig:

Wir müssen gewiß sparen. Die Frage ist nur, wo am besten gespart werden kann. Wo gespart werden kann, ohne die Lebensmöglichkeiten unserer arbeitenden, arbeitslosen und invaliden Bevölkerung zu unterbinden. Sparsamkeiten liegen nach unserer Auffassung nicht nur in der Verwaltung von Reich, Ländern und Gemeinden vor. Gerade in den letzten Tagen sind da wieder einige Fingerzeige gegeben. Wie wäre es, wenn die Wirtschaft mal bei sich selbst, bei ihrer Führung anfinge? Damit die Herrschaften eine An-

regung erhalten, geben folgende Zusammenstellung von Bezügen von Wirtschaftsführern. Es betrug nach diesen Veröffentlichungen:

Unternehmungen	Die Zahl der Vorstandsmitglieder	Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder in Mark	Das Durchschnittliche auf ein Mitglied in Mark
Berliner Handelsgesellschaft	3	575 000	190 000
Deutsche Continental Gas	1	160 000	160 000
T. G. Farbenindustrie AG	43	5 978 719	140 000
Mannesmann-Röhrenwerke	7	878 000	135 000
Ilse-Bergbau-AG	2	257 000	130 000
Julfus Dintsch AG	3	373 000	125 000
Schubert & Salzer AG	4	476 000	120 000
Elektrizitäts-AG. (vormals Lampmeyer)	3	356 000	120 000
Sarotti-AG	3	362 000	120 000
Deutsche Bank u. Disconto-Gesellschaft	24	2 844 750	120 000
Deutsche Erdöl-AG	5	582 000	120 000
Gerling-Versicherungskonzern	5	563 000	112 000
Akkumulatorenfabrik AG., Berlin	4	440 000	110 000
Bremer Wollkammerei	3	320 000	110 000
Berlin-Gubener Hutfabrik AG.	2	219 244	110 000
Dynamit Nobel AG.	2	212 000	106 000
Feldmühle-AG., Stettin	8	820 000	103 000
Salzbergrub-Konzern	10	100 000	100 000
Elektrizitäts-Lieferungs-AG.	3	300 060	100 000
Zellstoff-Fabrik Waldhof	5	480 000	100 000
Commerz- und Privat-Bank	11	926 636	90 000
Dresdener Bank	11	867 310	75 000

Das dürfte für den Anfang genügen. Wir sind aber bereit, noch weitere Sparmöglichkeiten aufzuzeigen. Beispiele reihen bekanntlich hin. Also, bitte!

Eine weitere bemerkenswerte Tagung

veranstaltete der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie am 25. November. Er nahm Stellung zur Wirtschaftspolitik. Gegenstand der Verhandlungen waren Fragen der Handelspolitik, Industrie und Landwirtschaft, Zwangssyndikate und positive Kartellpolitik, und der kreditpolitischen Entwicklung. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben:

Die deutsche Handelspolitik vom Schlagwort zu befreien, sei bisher nicht gelungen. Gegen die Methode, bei sachlichen Meinungsverschiedenheiten den Gegner zu diffamieren, fielen scharfe Worte, und auf die Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz wurde hingewiesen.

Bei der Behandlung der Frage „Industrie und Landwirtschaft“ glaubte der Referent feststellen zu können, der grundlegende Unterschied zwischen den beiden Erwerbsgruppen bestehe darin, daß die Industrie die Überwindung der Krise in erster Linie in der Erweiterung ihres Absatzes, also in einer besseren Ausnutzung ihrer Kapazität sehe, während die Landwirtschaft bei einer Ernährung des deutschen Volkes von über 90 v. H. aus dem heimischen Grund und Boden nicht von einer Absatzsteigerung, sondern nur von einer Preisbesserung die Gesundung erwarten könne. Damit sei die Schicksalsverbundenheit zwischen Kaufkraft der Industrie und der davon abhängigen breiten Masse sowie der der Landwirtschaft gegeben. Aus diesem Grund aber auch erscheine es dem Referenten unmöglich, über Kontingentierung der landwirtschaftlichen Einfuhr eine Steigerung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft zu erzielen. Nur bei gleichem Preisstand lasse sich höchstens eine kleine Absatzsteigerung erreichen; bei nach oben verändertem Preisstand dagegen ergebe sich eine erhebliche Schrumpfung des Absatzes auch der Verbrauchsprodukte. Eine wesentliche Besserung der landwirtschaftlichen Erlöse sei nur von einer Senkung der Selbstkosten, insbesondere der Betriebskosten, und von Maßnahmen zu erwarten, die eine bessere Ausnutzung der Marktmöglichkeiten und eine andere Verteilung der Spanne zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis gestatten.

Der Referent war Bedenken, die auch wir wiederholt in den Spalten unseres Organes vertreten haben. Ob aber durch solche Ausführungen die bessere Einsicht bei der Landwirtschaft an Boden gewinnt, bleibt abzuwarten.

Was sehr hätte wir gerne aus der Presse über die Frage der Zwangssyndikate und der Kartellpolitik erfahren. Es besteht bei der Industrie und auch in anderen Volksschichten sicher ein großes Interesse an Aufklärung und Durchleuchtung dieser Gebiete. Kann es nicht sein, daß dieses Problem behandelt werden, dienen aber der Gewinn einer notwendigen Aufklärung.

Über diese wirtschaftspolitischen Fragen hat sich auch diese Unternehmertagung mit der politischen Lage be-

faßt. Das Präsidium sprach sich in betonter Unabhängigkeit von irgendwelchen parteipolitischen Gesichtspunkten einmütig dafür aus, daß es für die Erhaltung und Stärkung der wirtschaftsbelebenden Momente entscheidend darauf ankomme, die gegenwärtige Unklarheit durch ein stabiles Regierungsfundament zu ersetzen. Die Konsolidierung der politischen Verhältnisse sei vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft dringend geboten, und sie könne nicht schnell genug herbeigeführt werden. Die mit Recht von der Privatwirtschaft erwartete Initiative und Risikofreudigkeit werde durch nichts mehr gehemmt, als durch eine ständige innerpolitische Beunruhigung, die auch die Durchführung einer kraftvollen Außenpolitik über deren Ziele es bei der überragenden Mehrheit des deutschen Volkes keine Meinungsverschiedenheiten gebe, in stärkstem Maß beeinträchtige.

Diese Forderung kann unterschrieben werden, wenn die betonte Unabhängigkeit nicht ein verstecktes volksfeindliches und antidemokratisches Verlangen bemänteln soll. Bei der nahen geistigen Verwandtschaft des Reichsverbandes mit dem Langnamverein können wir uns eines leisen Mißtrauens nicht erwehren, trotzdem auch wir Stetigkeit in der Innenpolitik als eine wesentliche Voraussetzung des wirtschaftlichen Gedeihens betrachten. Stetigkeit auf Kosten der Teilnahme des Volkes an den staatspolitischen Aufgaben aber müssen wir ebenso entschieden wie energisch ablehnen.

Und noch eine dritte Tagung

der Unternehmer in der gleichen Woche. Am 26. November fanden sich die Eisenhüttenleute zu einer wissenschaftlichen Haupttagung zusammen. Im Zusammenhang mit den in den beiden erstgenannten Tagungen behandelten politischen Fragen fordert das Schlußwort des Vorsitzenden des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, des Generaldirektors Dögler, eines bekannten Unternehmerführers, unsere Aufmerksamkeit und Beachtung.

Er hob diesmal u. a. hervor, daß in jeder Betriebswirtschaft die soziale Frage mit der wirtschaftlichen Frage konkurrieren müsse; das sei für jeden, der mit dem Herzen dabei sei, eine Selbstverständlichkeit. Alfred Krupp sagte: „Geld verloren, wenig verloren, Ehre verloren, viel verloren, Mut verloren, alles verloren. Ich wollte, ich könnte meinen Mitarbeitern Mut einflößen. Je schlechter es jetzt noch wird, desto besser wird es nachher.“ Vor einigen Tagen habe man auf der Langnamvereinstagung das Problem: „Gesunde Wirtschaft im starken Staat“ behandelt. Es seien Worte gefallen über den Vorzug einer Kabinettsregierung, einer Mehrheitsregierung, über legales und illegales Tun und Handeln. Es werde in diesen Tagen und Wochen in Deutschland sehr viel nach Wahrheit gesucht, und in jeder Stadt löse ein Vortrag den anderen ab. Über alle könnte man sich die gemeinsame Überschrift denken: Krise, Krise, Krise! Jeder suche die Krise nach seiner Art zu bekämpfen. Wie fänden wir das einigende Band, das nicht nur in der Technik und in der Betriebswirtschaft, sondern überall vonnöten sei. Wir sähen das ganze Volk schwer zerrissen. . . Wir müßten zu einer gemeinsamen Marschrichtung kommen, sonst ende alles, was wir noch an Kultur hätten, im Chaos. Das Gute in jeder Bewegung ist dann gegeben, wenn sie an eine Zukunft glaubt.

Und wenn diese Bewegung das eine ausgelöst hat, daß der gewaltige Pessimismus, der alles zu vergiften droht, aufhört, dann hat sie etwas Großes erreicht. Wir versuchen den Pessimismus und werden ihn mit aller Schärfe bekämpfen.

Hoffentlich mit gutem Erfolg! So möchten wir wünschen, weil wir glauben, daß ein nicht unerheblicher Teil der Krisenwirkungen auf mangelhaftes Selbstvertrauen im Unternehmertum und fehlenden Mut zur Risikoübernahme beruhen.

Eine allgemeine Betrachtung dieser drei Unternehmertagungen zeigt uns, daß wir von Friede und Freundschaft im politischen und Wirtschaftskampf noch recht weit entfernt sind. Die Sehnsucht nach dem starken Staat, der so laut Ausdruck verliehen wurde, ist ja zugleich der Ruf nach Maßnahmen gegen die Arbeiterfrage. Die politischen Forderungen der Unternehmer bedeuten doch beileibe nicht eine Verankerung des Volkstaates und keine Vereblichung parlamentarischer, demokratischer Gepflogenheiten, sondern einen Rückgriff auf das Arsenal der Reaktion. Schicksalsverbundenheit und Gemeinschaft kann sich innerhalb eines Volkstörpers nicht nur auf die vom Schicksal bevorzugten Stände und Gruppen erstrecken. Soll Besitz und Bildung zur Teilnahme daran berechtigen, sollen alle die, die weniger vorzüglich in der Wahl ihrer Eltern waren, ausgeschlossen sein von der nationalen Gemeinschaft, dann wird auch der starke Staat auf die Dauer nicht in der Lage sein, die Gesundheit der Wirtschaft zu

gewährleisten und die sozialen Spannungen nicht zu meistern vermögen. Trotzdem wir uns bemühten, auch nur ein Wort auf diesen Unternehmertagen zu finden, das uns Hoffnung gelassen hätte zur Bildung einer Gemeinschaft aller Gutwilligen und Gutgesinnten, wir konnten keines entdecken. Wir bedauern das, sind aber nicht überrascht und werden unentwegt den Zielen zustreben, die wir im Interesse der Arbeiterschaft für richtig und notwendig halten.

Das bedeutet harte Auseinandersetzungen, für die es zu rüsten gilt. Die beste Rüstung für diese Kämpfe ist immer noch der Berufsverband, die Gewerkschaften. Diese Tagungen der Unternehmer beweisen wieder einmal, wie notwendig es ist, für den Gewerkschaftsgedanken zu werben und die Berufsorganisation durch Mitgliederzuwachs zu stärken. Werbt also für unseren Verband, werbt für die Gewerkschaften.

Dringendes Erfordernis der Zeit sind starke Gewerkschaften!

Zur Abwehr reaktionärer Pläne genügt der Stimmzettel allein nicht. Die politischen Parteien sind zudem im Augenblick außerordentlich stark mit der Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen beschäftigt. Was uns, der Arbeiterschaft, auf den Nägeln brennt, leidet Not.

Der soziale Gegenspieler, das Unternehmertum, nutzt die Gelegenheit und nimmt die sich bietenden Vorteile wahr. Wenn Unternehmerwünsche bisher nicht restlos in Erfüllung gingen, dann ist die Ursache dafür in dem Vorhandensein der Gewerkschaften zu erblicken. Es ist schon richtig, was kürzlich ein Unternehmer so zum Ausdruck brachte:

„Solange die deutschen Gewerkschaften in ihrer Stärke erhalten und vor allem mit dieser Ausschließlichkeit die Interessenverwaltung der Arbeitnehmer bleiben, haben wir nicht die Hoffnung, unsere Forderungen grundlegend durchzusetzen.“

Glauben wir nur nicht, das Unternehmertum würde resignierend diese Erkenntnis hinnehmen. Ihre Hoffnung setzen sie auf den reaktionären Kurs, auf die Wiedererrichtung der alten Herrschaftsverhältnisse. Daher ihre Sympathien für die Regierungskünste des verflochtenen Baronskabinetts, darum ihre Forderung nach Beibehaltung dieser Politik. Ihre Sehnsucht ist die Zertrümmerung der Gewerkschaften. Erst dann wäre die Erfüllung ihrer Hoffnungen und Pläne in greifbare Nähe gerückt. Daran wagen sie ihre ganze Kraft.

Sollen wir die Dinge treiben lassen? Sollen wir zusehen, wie Stück um Stück die Sozialpolitik abgebaut, wie der Einfluß der Arbeiterschaft auf Staats- und Wirtschaftsführung verkleinert wird?

Nein, tausendmal nein! Wir rüsten zu dem uns aufgezwungenen Kampf und setzen unsere letzte Kraft ein, die Absichten und Ziele feindlicher Mächte zu zerschlagen. Leitsatz sei uns das Wort:

Leicht ist die Kraft des einzelnen gebrochen,
Vereinte Kräfte wird man nicht unterjochen!

Darum: Stärkt den Berufsverband, stärkt die Gewerkschaften!

Rundschau.

Große Meisterkurse für Tischler an der Gewerbeförderungsanstalt zu Köln. Im Tischler-Handwerk war von jeher unter den Gesellen das Bestreben vorhanden, die Meisterprüfung abzulegen und dadurch den Beweis handwerklichen Könnens zu liefern. Selbst in den letzten Jahren, wo die Arbeitslosigkeit manchen Tischler in seiner Tätigkeit hemmte, ist die Zahl der Meisterprüflinge erfreulich groß. Die beste Vorbereitung auf die Meisterprüfung ist der große Meisterkursus.

Große Meisterkurse für Tischler werden an der Gewerbeförderungsanstalt für die Rheinprovinz in Köln schon seit 30 Jahren veranstaltet. Hunderte von Tischlermeistern sind durch diese Kurse hindurchgegangen. Jährlich finden 3 Kurse statt, die zu Anfang Januar, Mai und Oktober beginnen. Die Kurse dauern 8 Wochen. Gegen Ende des Kursus wird mit dem Meisterstück begonnen, das in der Gewerbeförderungsanstalt angefertigt werden kann, ohne daß dafür besondere Gebühren erhoben werden. Der Unterricht findet während des Tages von 8 bis 12 und von 3 bis 7 Uhr statt. Der Kursus erstreckt sich auf:

Fachzeichnen, Konstruktion und Formenlehre für Tischler;
Lehre von den Werkzeugen und Werkzeugmaschinen für Holzbearbeitung mit Übungen; Unfallverhütung;

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 4. bis 10. Dezember ist der 50. Wochenbeitrag fällig.

Einsenden der bis Jahreschluß vollgeklebten Mitgliedsbücher.

Alle Mitgliedsbücher, die bis zum Jahreschluß vollgeklebt sind, sind ab September in folgender Reihenfolge zum Umtausch nach Köln einzusenden. Aus dem

Gau Hannover und Bremen vom 1. bis 15. Dezember,

Gau Berlin und Sachsen vom 15. bis 31. Dezember,

Gau Danzig und Breslau vom 1. bis 15. Januar 1933.

Die Zahlstellenverwaltungen werden gebeten, die Mitgliedsbücher rechtzeitig einzusammeln und nach Köln zu senden, damit der Umtausch in den angegebenen Zeiträumen erfolgen kann.

Lehre von den Kraftmaschinen für das Kleingewerbe mit Übungen;

Materialienlehre: Die verschiedenen Holzarten, Eigenschaften, Behandlung und Verwendung derselben; Nebenmaterialien;

Werkstattunterricht: Anfertigung von Arbeiten aus der Möbel- und Bauschreinerei, einschließlich Treppenbau nach eigenen Skizzen und Werkzeichnungen mit Benutzung von Handwerkszeug und Werkzeugmaschinen. (Das spezielle Fach des einzelnen wird besonders berücksichtigt); Übungen in der Oberflächenbearbeitung, Furnieren, Einlegearbeiten, Beizen, Färben, Schleifen, Polieren, Mattieren usw.;

Deranschlagungen: Ermittlung des Selbstkostenpreises und des Verkaufswertes von Tischlerarbeiten;

Buch- und Geschäftsführung, Gesetzeskunde, Genossenschaftswesen und volkswirtschaftliche Fragen.

Das Unterrichtsgeld beträgt 75 RM. Im Bedürftigkeitsfalle kann es ermäßigt werden. Auch stehen in bestimmten Fällen Stipendien zur Verfügung. Die arbeitslosen Tischlergesellen, die Erwerbslosen-Unterstützung beziehen, erhalten auf Antrag die Unterstützung während des Meisterkursus weiter, wobei sich die Teilnehmer, soweit sie nicht zum Arbeitsamt Köln gehören, durch das zuständige Arbeitsamt an das Arbeitsamt Köln müssen überweisen lassen.

Der nächste Meisterkursus für Tischler beginnt am Montag, den 2. Januar 1933.

Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an die Gewerbeförderungsanstalt für die Rheinprovinz in Köln, Ubierring 40.

Zollschranken. Wie eifrig die wirtschaftspolitischen Maulwürfe der handelspolitischen Absperrung weiter am Werk sind, um Hindernisse aufzuwühlen, zeigt ein Brief, der in der englischen Wirtschaftszeitung Economist veröffentlicht wird. Es heißt darin u. a.: Im ersten Halbjahr 1932 ist der internationale Warenaustausch auf annähernd 40 v. H. des Umfanges zurückgefallen, den er in der entsprechenden Zeit des Jahres 1930 hatte. Die Gründe für diese Entwicklung sind nicht weit zu suchen. Eine Liste der Handelsbeschränkungen in den elf Monaten von September 1931 bis Juli 1932, die keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit macht, meldet:

22 Länder verließen den Goldstandard und bekamen dadurch schwankende Wechselkurse.

26 Länder richteten Devisenkontrolle ein. Die Verordnungen darüber wurden in einigen Fällen nicht weniger als fünfmal in elf Monaten geändert. Der Text der verschiedenen Verordnungen wird von der BIZ in einem losen Blatthefter gesammelt, der bisher mehrere hundert dicht bedruckte Quartblätter enthält und ständig weiter anwächst.

2 Länder richteten Ausfuhrprämienysteme ein.

21 Länder erhöhten ihre Zolltarife in allen Positionen, eines darunter vollzog diese Maßnahme zweimal.

38 Länder haben die Zollsätze für bestimmte Einfuhrpositionen, meist für eine ganze Reihe, fast alle mehr als einmal und einige mehr als sechsmal in dieser Zeit erhöht.

22 Länder haben Einfuhrscheine oder Kontingente verordnet. Dabei änderten die meisten von ihnen die Vorschriften mehrmals.

6 Länder haben neue Maßvorschriften erlassen, um den Verbrauch einheimischen Getreides zu fördern.

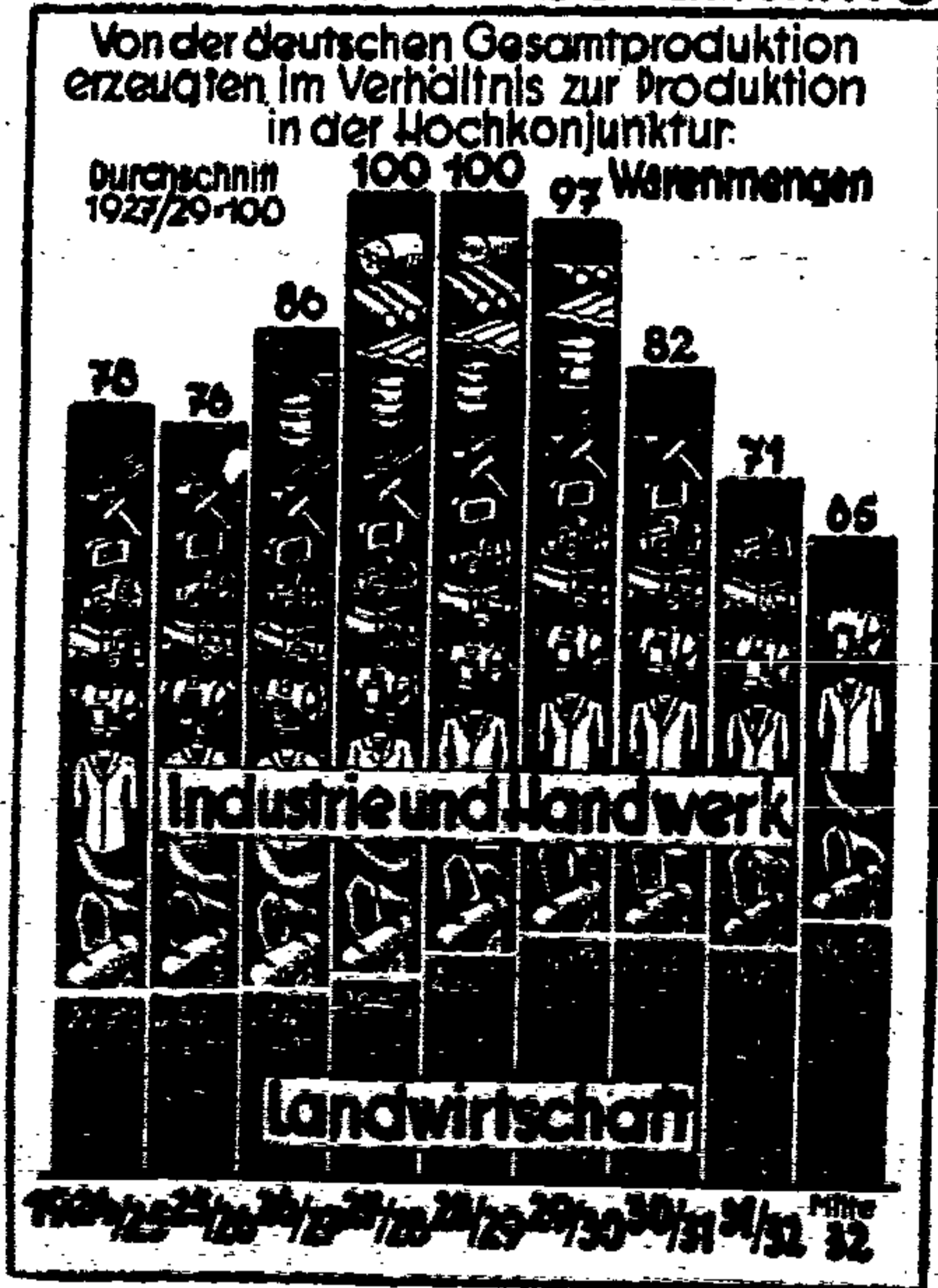
7 Länder haben neue Einfuhrmonopole der verschiedensten Art eingerichtet.

7 Länder haben bestimmte Einfuhrgüter auf Verbotsliste gesetzt.

9 Länder haben Moratorien verhängt für den Dienst der auswärtigen öffentlichen Schulden, und in fünf anderen Ländern sind Moratorien erklärt worden für den Dienst der auswärtigen Handels-schulden.

Das ist eine furchtbare Liste. Solange dieser handelspolitische Wahnsinn fortlebt, bleibt die Hoffnung auf eine Überwindung der Weltkrise, und eine Heilung des Krebschadens der Weltarbeitslosigkeit, sehr gering, ja unmöglich.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise



Die Warenproduktion von Industrie und Landwirtschaft.

Die gesamte Warenproduktion ging seit der Hochkonjunktur in Deutschland etwa ein Drittel zurück. Dabei ist die Produktion an Waren bei der Landwirtschaft überhaupt nicht zurückgegangen, sondern konnte trotz der Krise in den letzten Jahren noch immer gesteigert werden. Dadurch ist auch der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtproduktion von 21 Prozent in der Zeit der Hochkonjunktur auf beinahe 34 Prozent im Höchstpunkt der Krise angestiegen. Damit kann man aber nicht beweisen, daß damit auch die Kaufkraft der Landwirtschaft dementsprechend angestiegen ist. Denn in demselben Zeitabschnitt gingen die Preise der Landwirtschaft um ein volles Drittel zurück, während die Industriepreise viel weniger zurückgingen. Das Schwerkgewicht der Krise lag eben bei der Industrie in der Schrumpfung der Warenmenge, die abgesetzt werden konnte, während umgekehrt bei der Landwirtschaft die katastrophalen Preisrückgänge sich auswirkten. Das Bild zeigt also nur, daß die Produktion der deutschen Landwirtschaft mengenmäßig viel bedeutender ist als vor fünf Jahren. Es zeigt aber nicht, daß deshalb die Landwirtschaft mehr Einnahmen hat als Industrie und Handel im Verhältnis zur Hochkonjunktur.

Berichte aus den Zahlstellen.

München. In Zeiten der Not und drohender Gefahren muß die Familie sich enger zusammenschließen, muß öfters zusammenkommen, muß sich gegenseitig helfen und darf den gesunden Optimismus nicht aufgeben. Gut vorbereitete Versammlungen, in denen Musik, Lied und Arbeiterdichtung die Abende verschönerte, hatten immer einen sehr guten Besuch aufzuweisen.

Den Höhepunkt all unserer Zahlstellen-Veranstaltungen, einschließlich der Familienausflüge, bildete unser am Samstag, den 19. November 1932, im großen Saale des katholischen Gesellenhospitz' abgehaltene Familienabend, mit dem gleichzeitig die Ausstellung der Jugendfreizeitarbeiten verbunden war. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Ein Zeichen,

daß die Kolleginnen und Kollegen gern im Kreise ihrer christlichen Holzarbeiterfamilie weilen. Vorsitzender Kollege Fuchs eröffnete nach einem Musikstück und vorgetragenem Gedicht mit herzlichen Begrüßungsworten, insbesondere an Kollegen Schwarzer, M. d. R., den Abend.

In seiner Festansprache entrollte Kollege Schwarzer ein Stück Geschichte unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, speziell unseres Verbandes hier am Orte. Unter anderem hob er hervor, daß die Entwicklung gezeigt habe, daß die christliche Arbeiterschaft den rechten Weg gegangen sei. Das Gebot der Stunde sei, zusammen zu halten, damit der Glaube an die Steghaftigkeit der Idee nicht zuschanden werde.

Nach der Ehrung der Jubilare durch unseren Gauleiter Kollegen Erpenbeck zog, stürmisch begrüßt, die Jugendgruppe mit fliegenden Bannern des Reichs, Bayerns und der Stadtfarben in den Saal ein. Ein Anblick, der die Herzen der Alten höher schlagen ließ. Kollege Czane sprach hierauf von den Arbeiten der Jugend und von ihrem Willen. Er bat die sehr zahlreich anwesenden Eltern um ihre Mitarbeit und begeisterte die Jungen zur weiteren zielbewußten Arbeit im Beruf und in der Bewegung. Mit den Worten: „Wir wollen es!“, bekräftigt durch den Schwur „Frei Volk!“ Frei! klang das Treugelöbnis aus. Im Namen der Alten sprach Kollege Ammersdorfer Worte des Dankes und der Aneiferung an die Jungen.

Nach einer Pause, in der die schönen Freizeitarbeiten besichtigt oder vielmehr bestaunt wurden, kam die Fidelitas zu ihrem Recht. Großen Beifall ernteten Mitglieder unserer weiblichen Jugendgruppe für ihre Liedervorträge. Nicht minder aber auch unser Vorsitzender, Kollege Fuchs, und Kassierer, Kollege Gerner, für ihre Bauernduette. Unsere rührige Jugendmusikkapelle natürlich nicht ausgenommen. Ein Schwank „Spaß im Verhör“, ausgeführt von Mitgliedern der Jugendgruppe, nahm die Lachmuskeln stark in Anspruch. Zusammenfassend ist zu berichten: Der Abend hat gezeigt, daß man auch mit kleinen Mitteln einen schönen, vergnügten Abend bereiten kann. Mit neuem Mut geht jetzt der Sturm, nachdem das gemeinsame Band wieder enger gezogen ist, weiter. Ph. C.

Trailsdorf. Am Sonntag, den 20. November, konnte die Zahlstelle Trailsdorf das 25jährige Bestehen feiern. Zu der Veranstaltung waren die gesamten Mitglieder mit ihren Familienangehörigen erschienen. Außerdem nahmen Kollegen aus den Zahlstellen Bamberg, Forchheim, Hirschaid, Hallerndorf und Saffansfahrt an der Feier teil. Die Festrede hatte Kollege Schwarzer-München übernommen, der vor 25 Jahren die Zahlstellen des Hirschaidler Korbmacher-Berzirkles gegründet hatte. In seinen Ausführungen zeichnete er ein Bild von den Verhältnissen unter den Korbmacher-Heimarbeitern vor 25 Jahren. Ihm sei von allen Seiten abgeraten worden, „mit den Korbmachern etwas anzufangen“, weil alles umsonst sei und den Leuten einfach nicht zu helfen wäre. Eine Reihe persönlicher Erinnerungen wurden eingeflochten, so daß es den alten Kollegen ordentlich warm ums Herz wurde. Er schilderte die ersten Lohnverhandlungen, die Streiks und Tarifverhandlungen, und daß erst durch die Übernahme von Geschloßkorbaufträgen direkt durch den Verband eine grundlegende Besserung der gesamten Verhältnisse herbeigeführt worden sei. Durch die Krise wären die Gewerkschaften stark zurückgeworfen worden, so daß wir zum Teil heute wieder da ständen, wo wir vor 25 Jahren angefangen hätten. Jetzt müßten genau wie vor 25 Jahren die Arbeiter wieder zusammengeholt werden. Glauben und Vertrauen zum Verbands dürfte nicht verlorengehen, dann würden wir, nachdem die Wirtschaftskrise doch jetzt ihren Tiefstand erreicht hätte, bald wieder besseren Zeiten entgegengehen.

Die Ehrung von 8 Mitgliedern, die seit der Gründung der Zahlstelle Mitglieder sind, wurde vom Kollegen Erpenbeck-München vorgenommen.

Warme Worte der Anerkennung für die Verbandsarbeit sprachen die beiden Seelsorger Herr Dechant Kraus-Hallerndorf und Herr Pfarrer Gareis-Seussling aus, die gerade vom seelsorgerlichen Standpunkte aus die Arbeit der christlichen Gewerkschaften würdigten. Vorträge und Musikdarbietungen verkürzten die Stunden, die allen Teilnehmern in dauernder Erinnerung bleiben werden.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken.
H. Müller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die diesseit. Willimarerzelle 20 Pfennig. Stellenanzeigen und Angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benteler Wall 9. Telephonruf West 515 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7118 Köln.